

einem hohen theoretischen Niveau stehende Grundlage finden. Möge dafür unsere Konferenz, die wir anlässlich des Erscheinens des 30. Bandes der MEGA einberufen haben, einen würdigen Beitrag leisten.

Das Verzeichnis der verwendeten Siglen befindet sich auf den Seiten 453–457.

* Der Bericht wurde auf der 36. Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Marx-Engels-Forschung der DDR vom 14. bis 16. Oktober 1986 in Berlin vorgetragen.

1 Engels an Gerson Trier, 18. Dezember 1889. In: MEW, Bd. 37, S. 326.

2 W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte. In: Werke, Bd. 29, S. 296.

3 Karl Marx: Adresse an die Nationale Arbeiterunion der Vereinigten Staaten. In: MEW, Bd. 16, S. 357.

4 Karl Marx: Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg. In: MEW, Bd. 17, S. 7.

5 Siehe Karl Marx: Nachwort zur französischen Ausgabe [des ersten Bandes des „Kapitals“]. In: MEW, Bd. 23, S. 32.

6 Friedrich Engels: Zur vierten Auflage [des ersten Bandes des „Kapitals“]. In: MEW, Bd. 23, S. 41.

7 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring). In: MEGA[®] I/27, S. 237. (MEW, Bd. 20, S. 26.)

8 W. I. Lenin: Friedrich Engels. In: Werke, Bd. 2, S. 13.

9 Siehe Einleitung. In: MEGA[®] I/1.2, S. XVII.

Editha Nagl

Marx und Engels
über Sicherheitsausschüsse und ihre Rolle
in der bürgerlich-demokratischen Revolution
von 1848/49*

Zu den Aufgaben, die in den nächsten Jahren bei der Herausgabe der MEGA zu lösen sind, gehört auch die Edition der Artikel von Marx und Engels aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“. An diesem Forschungs- und Editions-komplex, an dem die vorbereitenden Arbeiten begonnen haben, wird künftig schwerpunktmäßig gearbeitet. Es handelt sich dabei um die Bände 7 bis 9 der Ersten Abteilung der MEGA, die Anfang der neunziger Jahre erscheinen und Marx' und Engels' Tätigkeit in der europäischen Revolution von 1848/49 widerspiegeln werden.

Die Jahre 1848/49 sind, sowohl was die Marx-Engels-Forschung als auch die Marx-Engels-Edition betrifft, teilweise schon sehr umfassend erschlossen. Die Herausgabe der Bände 7 bis 9 kann sich auf Band 7 der ersten MEGA und die zweite Ausgabe der Werke von Marx und Engels in russischer Sprache mit dem Ergänzungsband 43 stützen. Der gesamte Briefwechsel der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“ liegt in den Bänden III/2 und III/3 der MEGA vor. Neben den Dokumentenbänden über den Bund der Kommunisten gibt es eine Vielzahl von Arbeiten über die „Neue Rheinische Zeitung“. Dennoch bleiben angesichts der spezifischen Bedürfnisse der MEGA eine Reihe von Forschungslücken. Sie betreffen Untersuchungen zur „Neuen Rheinischen Zeitung“ als Organ der Kommunisten, zu deren zeitgenössischer Wirkung, aber auch zur Position der „Neuen Rheinischen Zeitung“ gegenüber den revolutionären Kämpfen in Ungarn, Italien und Schleswig-Holstein. Zu den Fra-

gen, die nach einer ersten Beschäftigung mit dem Komplex „Neue Rheinische Zeitung“ interessieren, gehört auch das Problem der Sicherheitsausschüsse.

Untersuchungen marxistischer Historiker über die Tätigkeit von Sicherheitsausschüssen und die Beziehungen von Marx und Engels zu ihnen lagen bislang vor allem mit den Arbeiten von Rebekka Averbuch, Sofia Lewiowa und Gerhard Becker vor.¹ In den Darlegungen über den Verlauf der Revolution 1848/49 in Österreich und über das Wirken von Marx und Engels in der deutschen Revolution wird auch die Rolle der Sicherheitsausschüsse in Wien und Köln behandelt und auf deren Bedeutung in den Kämpfen jener Zeit hingewiesen. Neuere regional- und lokalgeschichtliche Forschungen, besonders unter dem Aspekt des Einflusses der „Neuen Rheinischen Zeitung“ auf die demokratische Bewegung, haben hierzu weiteres Tatsachenmaterial erbracht. So existierten nicht nur in Köln², Wien³ und Elberfeld⁴ Sicherheitsausschüsse, sondern auch in Merseburg, Halberstadt, Weißenfels, Halle⁵, Dresden⁶ und vielen anderen Orten. Allein in der preußischen Provinz Sachsen waren 17 Sicherheitsausschüsse tätig.⁷ Sie haben demnach in der deutschen Revolution eine weitaus größere Rolle gespielt, als sich das bisher in der marxistischen Literatur widerspiegelt hat.

Wenn im vorliegenden Beitrag zum Umfang des Wirkens von Sicherheitsausschüssen 1848/49, zu deren Wesen und Funktion und zur Einbeziehung der Erfahrungen aus der Tätigkeit dieser Ausschüsse in die Präzisierung und Weiterentwicklung des Revolutionskonzepts von Marx und Engels in ihren Artikeln in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ einige Überlegungen dargelegt werden, soll dabei weder der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden noch darauf, daß es immer tragfähige Problemstellungen für notwendige weitere Forschungen sind.

Sicherheitsausschüsse entstanden im Verlaufe der deutschen Revolution in deren erster Phase – zum Beispiel in Wien –, während der Septemberkrise – unter anderem in Köln –, die meisten aber zur Zeit der Steuerverweigerungskampagne im Herbst 1848 oder – wie in Dresden – in den Reichsverfassungskämpfen 1849.

Ihrer Genesis nach handelte es sich bei den Sicherheitsausschüssen um revolutionär-demokratische Organe, die unmittelbar im Ergebnis revolutionärer Kämpfe mit dem Ziel gebildet wurden, die demokratischen Errungenschaften vor allen Angriffen der Konterrevolution zu schützen. Das war objektiv nur möglich, wenn sich diese Ausschüsse als wirkliche Führungsorgane konstituierten und die Volksmassen zum Kampf um die Weiterführung der Revolution organisierten.

Diesem Anspruch sind die meisten Sicherheitsausschüsse nicht gerecht geworden. Viele ihrer zum großen Teil gemäßigt-demokratischen

Führer hielten an der Vorstellung fest, daß es möglich sei, durch friedliche Übereinkunft mit den offiziellen Gewalten die demokratischen Rechte und Freiheiten zu sichern, und legten eine solche Auffassung ihrer praktischen Politik zugrunde. Damit lähmten sie die Volksbewegung. Indem sie Schritt für Schritt bereits erkämpfte Positionen wieder aufgaben, lieferten sie diese schließlich der Konterrevolution aus.

Die wohl überwiegende Zahl der Sicherheitsausschüsse hat sich auf lokaler Ebene gebildet. Häufig reichte ihre Wirksamkeit nicht über diesen Rahmen hinaus. Eine Ausnahme bildet hier vor allem der Kölner Sicherheitsausschuß. Durch die starken Positionen und die Aktivität der Kommunisten um Marx und Engels und die „Neue Rheinische Zeitung“ in der revolutionär-demokratischen Bewegung des Rheinlandes ging seine politische Wirkung über Köln hinaus, nahm er, was politische Klarheit und revolutionäre Stoßkraft betraf, einen besonderen Platz ein.

Marx und Engels verfolgten die Tätigkeit von Sicherheitsausschüssen in den verschiedenen Etappen der deutschen Revolution mit großem Interesse. Das schlägt sich zum einen in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ selbst nieder. Bei der Auswahl von Informationen, die die Redaktion von ihren Korrespondenten aus den Zentren der revolutionären Bewegung erhielt, räumte sie Berichten über die Bildung und Tätigkeit von Sicherheitsausschüssen einen besonderen Platz ein. Das zeigt sich unter anderem deutlich bei den Korrespondenzen, die über die Revolutionsentwicklung in Thüringen, im sächsischen Raum und in Österreich, vor allem in Wien, informierten. Mit einer solchen Berichterstattung trug die „Neue Rheinische Zeitung“ in hervorragendem Maße dazu bei, die Erfahrungen, die aus dem Wirken von Sicherheitsausschüssen gewonnen wurden, in der gesamten demokratischen Bewegung zu verbreiten. Zugleich waren diese Korrespondenzen für Marx und Engels selbst eine wichtige Quelle, um das Entstehen und die Tätigkeit dieser revolutionären Organe zu verfolgen. Von nicht geringer Bedeutung ist dabei, daß es sich bei den Informanten der „Neuen Rheinischen Zeitung“ um revolutionäre Demokraten wie Goswin Krackrügge,⁸ Emil Ottokar Weller,⁹ Gustav Striegnitz, Gustav Rawald und Heinrich Schünhoff¹⁰ handelte, die aktiv und in vorderster Front in der demokratischen Bewegung kämpften und als zeitweilige oder ständige Korrespondenten in engem Kontakt mit der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“ standen. Zum anderen spricht für die Bedeutung, die Marx und Engels den Sicherheitsausschüssen beimaßen, daß sie sich selbst in einigen – wenn auch leider wenigen – Artikeln direkt dazu geäußert haben. Und drittens waren sie im September 1848 in Köln unmittelbar an der Bildung eines Sicherheitsausschusses beteiligt, und Engels hatte im Mai 1849 auf militärischem Gebiet aktiv im Elberfelder Ausschuß gewirkt.

Bei der Ausarbeitung und Weiterentwicklung ihrer revolutionstheoretischen Auffassungen knüpften Marx und Engels an die Erfahrungen der französischen bürgerlichen Revolution an.¹¹ Dabei hatten sie insbesondere die revolutionär-demokratische Jakobinerdiktatur und ihren Wohlfahrtsausschuß vor Augen, der als einer der gewählten Ausschüsse des Konvents, diesem zunächst unterstellt, im Verlaufe der Revolution allein die politische Macht im Interesse der revolutionär-demokratischen Kräfte, gestützt auf die sansculottischen Massen, ausübte. Erst die „Schreckensherrschaft“ der Jakobiner konnte, wie Marx nachdrücklich feststellte, „durch ihre gewaltigen Hammerschläge die feudalen Ruinen wie vom französischen Boden weg[...]zaubern“¹², erst dadurch war es möglich, die bürgerliche Revolution bis zur Errichtung der demokratischen Republik zu Ende zu führen.

Die deutsche liberale Bourgeoisie hatte, wie Marx und Engels in ihren Artikeln in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ nachwiesen, schon unmittelbar nach den Märzsiegen durch ihre „Vereinbarungs“-politik gezeigt, daß sie eher bereit war, mit den alten feudalen Mächten einen Kompromiß einzugehen und die Revolution abzuschließen als mit den Volksmassen bis zum endgültigen Sieg der bürgerlichen Ordnung zu kämpfen. Aus dieser fortwährenden Politik des Verrats der Bourgeoisie zogen Marx und Engels die Schlußfolgerung, „daß in Deutschland eine rein *bürgerliche Revolution* und die Gründung der *Bourgeoisieherrschaft* unter der Form der *konstitutionellen Monarchie* unmöglich, daß nur die feudale absolutistische Kontrerevolution möglich ist oder die *sozial-republikanische Revolution*“¹³. Mit dieser im Mai 1848 begonnenen und nach dem Staatsstreich im Dezember in Preußen zu einem relativen Abschluß gebrachten strategischen und taktischen Umorientierung rückte die Suche nach Mitteln und Wegen, um die revolutionäre Entwicklung – nun gegen den Widerstand von Teilen der Bourgeoisie – in einem längeren Prozeß bis zur Erkämpfung der sozialen Republik voranzutreiben, in den Mittelpunkt der Überlegungen von Marx und Engels.

Bei der Analyse des Verlaufs der französischen Revolution waren Marx und Engels zu der Erkenntnis gelangt, daß nur dann, wenn sich die revolutionäre Entwicklung in steter Aufwärtsbewegung befand, die Volksmassen immer stärker in das Revolutionsgeschehen eingriffen und es letztlich entscheidend bestimmten, die bürgerliche Umwälzung endgültig und unwiderruflich durchzusetzen war. Für sie konnten daher „Februar und März nur dann die Bedeutung einer wirklichen Revolution haben, wenn sie nicht Abschluß, sondern im Gegenteil Ausgangspunkte einer langen revolutionären Bewegung wurden“¹⁴. Sie wollten „die Revolution nicht für abgeschlossen, sondern in Permanenz erklärt wissen“¹⁵.

Mit dem Entstehen und dem Wirken von Sicherheitsausschüssen in

der deutschen Revolution zeigten sich in der Sicht von Marx und Engels Ansatzpunkte für einen Verlauf des revolutionären Geschehens in Deutschland ähnlich dem in Frankreich 1789. Sicherheitsausschüsse konnten unter den Bedingungen einer sich in aufsteigender Linie vollziehenden Revolutionsentwicklung, vorausgesetzt, diese Ausschüsse würden zu wirklichen *Machtorganen* werden, die in den Volksmassen fest verwurzelt wären und deren Einfluß sich über den lokalen Rahmen hinaus auf ganz Deutschland erstrecken würde, mehr sein als „nur ein Moment im Dienst der *bürgerlichen Revolution* selbst“¹⁶, sie konnten ein entscheidender Faktor im Ringen um die soziale Republik werden. Die Erfahrungen, die 1848/49 mit der Bildung von Sicherheitsausschüssen gemacht wurden, sind so ein Teil der Vorstellungen von Marx und Engels über die permanente Revolution, die sie später, in Auswertung der Revolution, verallgemeinerten.¹⁷

Die Bedeutung der Sicherheitsausschüsse als ein Moment des Vortreibens der revolutionären Entwicklung ergab sich für Marx und Engels insbesondere daraus, daß es sich dabei um Organe handelte, die direkt aus dem Willen der revolutionären Massen hervorgegangen waren. Die Mitglieder der Ausschüsse wurden zu einem bedeutenden Teil durch Volksversammlungen ernannt. Auf einer solchen breiten Basis war auch der Kölner Sicherheitsausschuß entstanden. Seine 30 Mitglieder, unter ihnen Marx, Engels, Wilhelm Wolff, Dronke und Bürgers als Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung“ sowie Karl Schapper und Joseph Moll als Leiter des Arbeitervereins, wurden am 13. September 1848 in einer über 5000 Menschen zählenden Versammlung gewählt. In dem Schriftstück, mit dem der Ausschuß den offiziellen Behörden seine Wahl mitteilte, betonte er insbesondere seinen Charakter „als einziges aus direkter Volkswahl hervorgegangenes und direkt dem Volke verantwortliches Komitee“¹⁸. Wenige Tage später wurde der Ausschuß auch auf einer Massenkundgebung bei Worringen anerkannt.

Wie in Köln, so zeigte auch die Treuener Initiative in Sachsen,¹⁹ daß mit der Konstituierung revolutionärer Machtorgane, wie sie die Sicherheitsausschüsse verkörperten, eine Mobilisierung und Aktivierung der Volksmassen verbunden war, in dessen Ergebnis die revolutionäre Entwicklung einen sichtbaren Aufschwung nahm. In Sachsen wurde, angeleitet und gesteuert von Leipziger revolutionären Demokraten um Emil Ottokar Weller, der Versuch unternommen, für ganz Sachsen während der Wahlrechtskämpfe im September 1848 einen Volksausschuß zu bilden, was aber noch erfolglos blieb. Die Mitglieder des Ausschusses, der, unabhängig von den offiziellen Behörden, ein provisorisches Wahlgesetz auszuarbeiten hatte, um die demokratische Wahl des konstituierenden Landtags zu sichern, sollten, ähnlich wie in Köln, auf Volksversammlungen ernannt werden.

Ungeachtet dessen, daß die Bildung solcher revolutionärer Ausschüsse nicht immer unter den gleichen Bedingungen erfolgte wie in Köln geschehen und in Sachsen versucht, waren sie doch in jedem Falle unmittelbarer Ausdruck der Volkssouveränität. Sie vor allen Angriffen der Konterrevolution zu schützen, darin sahen Marx und Engels die wichtigste Voraussetzung, um die Revolution siegreich zu Ende zu führen. In Auseinandersetzung mit der Haltung des Frankfurter Parlaments erklärte Engels: „Der erste Akt der Nationalversammlung mußte sein, diese Souveränität des deutschen Volkes laut und öffentlich zu proklamieren.“

Ihr zweiter Akt mußte sein, die deutsche Verfassung auf Grundlage der Volkssouveränität auszuarbeiten und aus dem faktisch bestehenden Zustände Deutschlands alles zu entfernen, was dem Prinzip der Volkssouveränität widersprach.“²⁰ Sicherheitsausschüsse zeigten sich unter diesem Blickwinkel als eine Möglichkeit, nicht nur die Volkssouveränität zu sichern, sondern über den Ausbau und die feste Verankerung der Ausschüsse in den Volksmassen deren volle Durchsetzung zu erreichen.

Die Erfahrungen der Sicherheitsausschüsse waren für Marx und Engels nicht nur unter dem Aspekt des Vorantreibens der Revolution von Bedeutung. Sie boten ebenso Anknüpfungspunkte für ihre Überlegungen, welche konkreten Formen die Machtausübung durch die Volksmassen annehmen könnte und welche Anforderungen an solche revolutionär-demokratischen Organe zu stellen waren.

Marx und Engels gingen dabei von der aus dem bisherigen Verlauf der deutschen Revolution gewonnenen und in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ niedergelegten Erkenntnis aus, daß der Kampf um die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts nur dann erfolgreich sein kann, wenn die revolutionären Kräfte „nicht rasten, bis sie die offizielle überlieferte Macht, wodurch sich die alte Gesellschaft noch gewaltsam behauptet, bis sie die Staatsgewalt derselben zertrümmert und beseitigt“²¹ haben. Das schloß für sie die Notwendigkeit ein, den alten Verwaltungsapparat zu zerschlagen. Nach einer Revolution sei „eine Erneuerung sämtlicher Zivil- und Militärbeamten sowie eines Teils der gerichtlichen, und besonders der *Parquets*, die erste Notwendigkeit. Sonst scheitern die besten Maßregeln der Zentralgewalt an der Widerhaarigkeit der Subalternen.“²² „[...] das alte Gebäude muß bis auf seine Grundmauern weggeräumt werden“²³, faßte Engels diesen grundlegenden Gedanken zusammen. Erst damit war die Voraussetzung für die Konstituierung wirklicher Volksvertretungen gegeben.

Angesichts der Formen demokratischer Machtausübung durch die breiten Volksmassen, die auch die deutsche Revolution hervorgebracht hatte, sahen Marx und Engels in den Sicherheitsausschüssen Keimfor-

men revolutionärer Machtorgane. Sie konnten die noch bestehenden alten Institutionen ersetzen. Zu dieser Erkenntnis waren die Klassiker auch durch eigene praktische Erfahrungen gelangt. Während der Steuerweigerungskampagne riefen sie daher in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ wiederum zur Bildung solcher revolutionärer Körperschaften auf. Sollten sich die offiziellen Behörden weigern, die Beschlüsse der preußischen Nationalversammlung zur Verweigerung der Steuern anzuerkennen, seien sie „1. für *abgesetzt*, 2. für *Hochverräter* zu erklären und an ihrer Stelle provisorische *Sicherheitsausschüsse* zu ernennen“. Diese taktische Orientierung ergänzte Marx mit dem entscheidenden Hinweis: „Wo die kontrerevolutionären Behörden gewaltsam die Bildung und Amtstätigkeit dieser Sicherheitsausschüsse hintertreiben wollen, *ist jede Art von Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen*. Der *passive* Widerstand muß *den aktiven Widerstand* zu seiner Unterlage haben.“²⁴

Bei der kritischen Betrachtung der Politik der bürgerlichen Parlamente, vor allem in Berlin und Frankfurt, und unter Einbeziehung der Tätigkeit von Sicherheitsausschüssen sowie in Auswertung der Erfahrungen, die sie selbst bei der Konstituierung von und aus dem praktischen Wirken in Sicherheitsausschüssen gesammelt hatten, arbeiteten Marx und Engels eine Reihe von Wesensmerkmalen revolutionär-demokratischer Vertretungskörperschaften heraus.

Von grundsätzlicher Bedeutung war die Erkenntnis, daß diese Machtorgane diktatorisch gegenüber den alten gesellschaftlichen Kräften auftreten müssen. „Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur. Wir haben es Camphausen von Anfang an vorgeworfen, daß er nicht diktatorisch auftrat, daß er die Überbleibsel der alten Institutionen nicht sogleich zerschlug und entfernte“²⁵, schrieb Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“.

Diktatorisches Vorgehen war nicht nur notwendig, um den Widerstand der gestürzten Klassen zu brechen. Es war auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, um die revolutionär-demokratischen Machtorgane auf eine noch breitere Massenbasis zu stellen. In Auseinandersetzung mit der Frankfurter Nationalversammlung hatten Marx und Engels darauf mit Nachdruck hingewiesen: „Sie brauchte nur überall den reaktionären Übergriffen überlebter Regierungen diktatorisch entgegenzutreten, und sie eroberte sich eine Macht in der Volksmeinung, an der alle Bajonette und Kolben zersplittert wären.“²⁶ Eine solche Politik erst schaffe die Voraussetzung dafür, daß eine demokratische Volksvertretung „vor allem eine *aktive*, revolutionär-aktive Versammlung“²⁷ sein konnte, die die Macht, die sie besaß, auch tatsächlich benutzte, um dem gesellschaftlichen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen.

Angesichts der Schwächen, die sich in der Tätigkeit der meisten Si-

cherheitsausschüsse gezeigt hatten, aber auch in Anbetracht der großbourgeois „Vereinbarungs“politik hoben Marx und Engels als wesentliche Aufgabe der revolutionär-demokratischen Machtorgane hervor, durchzusetzen, daß ihre Befehle „einzig und allein als rechtsgültig zu betrachten sind“²⁸. Sie hätten das Recht, „selbst Maßregeln des öffentlichen Wohls zu diktieren“²⁹, was dem revolutionären Boden entsprang, auf dem sie entstanden waren. Solche demokratischen Körperschaften waren nur an das Recht der Revolution gebunden und konnten „sich nötigenfalls in einen *Gerichtshof* [...] verwandeln und ohne Gesetze [...] verurteilen“³⁰.

Daß die Behauptung der mit der Bildung von Sicherheitsausschüssen erkämpften Machtpositionen und der Grad des Einflusses dieser Ausschüsse auf die revolutionäre Entwicklung im Grunde davon abhing, ob sie den Anforderungen entsprachen, die Marx und Engels an solche Organe gestellt hatten, zeigte – am negativen Beispiel – die Tätigkeit des Wiener Sicherheitsausschusses. Auf ihn hier trotzdem etwas näher einzugehen ist gerechtfertigt, weil er einer der wenigen Ausschüsse, wenn nicht überhaupt der einzige war, der drei Monate bestand und sich daher auch einige konkretere Aussagen über ihn machen lassen. Vor allem aber sind seine Existenz und sein Wirken, trotz aller Grenzen, ein wesentliches Moment dafür, daß die revolutionäre Entwicklung in Österreich, im Gegensatz zu der in Preußen, noch bis Anfang des Sommers 1848 in aufsteigender Linie erfolgte.

Der Wiener Sicherheitsausschuß war im Ergebnis der Maierhebung entstanden. Als Antwort auf die am 25. Mai 1848 von der Regierung Pillersdorf verfügte Auflösung der Akademischen Legion, des bewaffneten Vortrupps der österreichischen Revolution, erhoben sich Arbeiter und Studenten gemeinsam mit Vertretern des linken Flügels der bürgerlichen Nationalgarde und schlugen in den Barrikadenkämpfen vom 26. bis 28. Mai 1848 diesen erneuten Angriff auf die Errungenschaften der Revolution zurück. „[...] noch war die revolutionäre Strömung stark genug“, stellte Marx, auf die europäische Revolutionsentwicklung zurückblickend, fest, „um in Wien zwei Siege des Volks, den ersten [...] am 15. Mai, den zweiten am 26. Mai möglich zu machen“.³¹

Den Sieg der demokratischen Kräfte dokumentierte die Rücknahme der Auflösung der Akademischen Legion, die Zusicherung, daß alle bisherigen revolutionären Errungenschaften unangetastet bleiben und die Anerkennung des am 26. Mai 1848 geschaffenen provisorischen „Ausschusses der Bürger, Nationalgarden und Studenten zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ordnung und Ruhe und Wahrung der Rechte des Volkes“ (Sicherheitsausschuß).

Die Bildung dieses Ausschusses – „einer Art revolutionärer, niemandem verantwortlicher Regierung“³² – werteten Marx und Engels in der

„Neuen Rheinischen Zeitung“ als eines der wesentlichen Ergebnisse der Mairevolution. Zum erstenmal in der deutschen Revolution hatten sich die Volksmassen die Möglichkeit erkämpft, an der Ausübung der politischen Macht mitzuwirken. Die Bedeutung dieser Tatsache unterstrich die Zeitung durch die vollständige Veröffentlichung des Erlasses der Regierung vom 27. Mai 1848. Darin mußte der Sicherheitsausschuß als revolutionäres Organ der Volksmassen, „unabhängig von jeder [...] Behörde“³³, anerkannt und ihm ein Teil der exekutiven Gewalt übertragen werden. Das gesamte Eigentum des Staates wie das des kaiserlichen Hofes und alle öffentlichen Anstalten und Körperschaften wurden unter seinen Schutz gestellt und ihm die volle Verantwortung für die öffentliche Ruhe und Ordnung sowie für die Sicherheit der Personen und des Eigentums übertragen. Das Ministerium erklärte, daß es die Regierungsgeschäfte, „welche ihm noch interimistisch anvertraut sind, nur so lange fortsetzen könne, bis sie entweder von Sr. Majestät zurückgenommen sind, oder das Ministerium der Mittel beraubt ist, mit voller Sicherheit seine Beschlüsse zu fassen und unter seiner Verantwortlichkeit auszuführen“³⁴.

Der Wiener Sicherheitsausschuß repräsentierte vor allem das demokratische Kleinbürgertum und fortschrittliche Fraktionen der Bourgeoisie. Ihm gehörten 234 Mitglieder an.³⁵ Es waren dies die direkt gewählten Vertreter der Akademischen Legion, der Nationalgarde, der Bürgermiliz und Bürgerkavallerie und 20 Vertreter des Wiener Gemeinderates.³⁶ Der Ausschuß, der sich am 1. Juni 1848 konstituiert hatte, stand unter Leitung des gemäßigten kleinbürgerlichen Demokraten und späteren Reichstagsmitgliedes Adolf Fischhof.³⁷ Noch am 26. Mai hatte der Ausschuß ein Komitee von 10 Mitgliedern ernannt, das, täglich wechselnd, permanent tagte, um ein schnelles Handeln des Ausschusses zu ermöglichen.³⁸ Die Permanenz wurde später aufgehoben, der Modus aber, über ein Komitee von nur wenigen, ständig wechselnden Mitgliedern die Tätigkeit des Gesamtausschusses zu leiten, wurde beibehalten.

Hinter dem Wiener Ausschuß standen also die Arbeiter, die Studenten und, wenigstens in der Anfangsphase, ein großer Teil der Nationalgarde. Er war somit nicht nur im Besitz eines Teils der ihm vom Ministerium übertragenen Exekutivgewalt, sondern besaß, auf die bewaffnete Macht der demokratischen Intelligenz und der gemäßigt-demokratischen Bourgeoisie gestützt, auch die Mittel, seinen Machtanspruch, nötigenfalls mit Gewalt, durchzusetzen.

Angesichts der zugunsten der revolutionären Kräfte veränderten Situation erwartete die „Neue Rheinische Zeitung“, daß der Sicherheitsausschuß die ihm übertragene Macht entschlossen im Interesse der Weiterentwicklung der Revolution und vor allem konsequent gegen die

sich organisierende Konterrevolution im eigenen Lande gebrauchte, also diktatorisch auftrat.

Die Zeitung übersah jedoch auch nicht die Schwankungen und die Unentschlossenheit, die die Politik des Ausschusses von Beginn an kennzeichnete. In ihm hatten sich sehr unterschiedliche politische Kräfte zusammengefunden. Während ein Teil der Mitglieder seine Aufgabe lediglich darin sah, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und zu erhalten, glaubte ein anderer allein durch die Existenz des Ausschusses die bisherigen demokratischen Errungenschaften bereits gesichert. Nur für die kleine Gruppe der radikalen Demokraten, unter ihnen vor allem Ernst von Violand, war er eine provisorische Regierung.³⁹ Diese unterschiedlichen Auffassungen ließen den Ausschuß zu keiner klaren Linie und keinem den Erfordernissen entsprechenden einheitlichen Handeln finden.

Wie die „Neue Rheinische Zeitung“ gleich in ihren ersten Berichten kritisch vermerkte, zeigte sich das insbesondere an der Haltung des Ausschusses zum Ministerium. Mit der Bildung des Sicherheitsausschusses hatten sich Elemente einer Doppelherrschaft herausgebildet. Auf der einen Seite stand die Regierung, in der auch Vertreter der liberalen Bourgeoisie Sitz und Stimme hatten, auf der anderen Seite der Sicherheitsausschuß als revolutionäre Behörde, als Vertretungskörperschaft des Volkes. Seine erste Aufgabe wäre es gewesen, hier klare Verhältnisse zu schaffen, die Regierung, die ohnehin schon nach dem 15. Mai abgedankt hatte, offiziell abzusetzen und in seinen Händen auch tatsächlich die politische Macht zu konzentrieren, die ihm zu einem Teil schon übertragen worden war, diese Macht auszubauen und zu festigen und damit der Reaktion keine Möglichkeit zu lassen, sich erneut zu organisieren. Die „Neue Rheinische Zeitung“ lastete dem Sicherheitsausschuß vor allem an, daß er zur Machtfrage keine klare Position bezog, sondern das Ministerium neben sich duldet, ja ihm im Prinzip die Ausübung exekutiver Gewalt auch weiterhin überließ.⁴⁰ Die Tätigkeit des Ausschusses erschöpfte sich weitgehend in der Erledigung von Tagesfragen.⁴¹ Die Macht, die ihm durch den Volksaufstand zugefallen war, verspielte er aus Furcht vor den Konsequenzen, die ihr diktatorischer Gebrauch nach sich ziehen würde – ein Grundzug, der sich übrigens in der Politik der Mehrheit der Sicherheitsausschüsse erkennen läßt. Damit gab der Ausschuß der Konterrevolution die Möglichkeit, ihre Positionen zu festigen.

Die Unentschlossenheit und das Zögern des Ausschusses ließen zudem die Widersprüche zwischen den ihn tragenden politischen Kräften immer stärker hervortreten. Im Mai hatte er zur Herstellung von „Ruhe und Ordnung“ mit List die Wiener Arbeiter dazu bewegt, die Barrikaden zu verlassen.⁴² Im August, während der blutigen Klassenschlacht zwi-

schen bürgerlicher Nationalgarde und Erdarbeitern in Wien, war er „neutral“ geblieben.⁴³ Der sich im Verlauf der revolutionären Ereignisse in Österreich immer schärfer abzeichnende und im Sommer aufbrechende Klassenwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat spaltete schließlich auch den Wiener Sicherheitsausschuß, der sich Ende August 1848 auflöste. Die Chance, die Machtverhältnisse im revolutionär-demokratischen Sinne weiterzuentwickeln, war nicht genutzt worden.

Mit der Konstituierung von Sicherheitsausschüssen hatte die deutsche Revolution eine mögliche Form der Machtausübung durch die Volksmassen hervorgebracht. Konnten diese Ausschüsse in ihrer Bedeutung auch nicht mit ihrem französischen Vorbild, dem Wohlfahrtsausschuß, gleichgesetzt werden, waren Parallelen zur französischen Entwicklung jedoch nicht zu übersehen, was Marx und Engels zu der Einschätzung veranlaßte, daß es sich um Keimformen revolutionärer Machtorgane handelte.

Im Verlaufe der Kämpfe von 1848/49 war deutlich geworden, daß die Sicherheitsausschüsse an dem Unvermögen der kleinbürgerlichen Demokraten, die Führung der revolutionären Kräfte zu übernehmen, scheitern mußten. Dennoch hatte die Tätigkeit dieser Ausschüsse maßgeblich zur Mobilisierung der Volksmassen beigetragen. Das war so in Österreich, das hatte die Existenz des Kölner Sicherheitsausschusses ebenso bewiesen wie das Wirken solcher oder ähnlicher Ausschüsse im Land und in der Provinz Sachsen. Obwohl unterschiedlich in ihrem Einfluß auf den Fortgang der Revolution, abhängig davon, wie der revolutionäre Boden, auf dem sie entstanden waren, genutzt und ausgebaut wurde, sahen Marx und Engels in diesen Ausschüssen eine neue Organisationsform, die eine progressive Entwicklung des Revolutionsverlaufs entscheidend beeinflussen konnte.

Mit den Sicherheitsausschüssen, so arbeiteten Marx und Engels heraus, waren Machtorgane entstanden, die von den Volksmassen geschaffen und von ihnen kontrolliert wurden, unabhängig von den offiziellen Gewalten existierten, als Interessenvertreter des Volkes den Kampf um die soziale Republik leiten und nach dem Sieg an die Stelle der alten staatlichen Einrichtungen treten konnten. Ungeachtet der Grenzen, die im Wirken der Sicherheitsausschüsse nicht zu übersehen waren, vermochten Marx und Engels 1848/49 durch die Analyse der positiven und der negativen Tendenzen in der Tätigkeit dieser Ausschüsse ihre Auffassungen über den Charakter und die Funktion revolutionär-demokratischer Machtorgane in der bürgerlich-demokratischen Revolution weiterzuentwickeln und zu präzisieren.

Wenn auch die umfassende Auswertung und Verallgemeinerung der

Erfahrungen aus den revolutionären Kämpfen von 1848/49 vor allem Anfang der fünfziger Jahre erfolgte, so steht doch außer Frage, daß Marx und Engels bereits mit Beginn der europäischen Revolution deren Entwicklung nicht nur beschrieben, sondern zugleich erste Schlußfolgerungen gezogen und damit ihr Revolutionskonzept weiter ausgearbeitet haben. Die Behandlung der Sicherheitsausschüsse in ihren Artikeln in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ bestätigt das. Damit wird Versuchen bürgerlicher Marxkritiker, die „Neue Rheinische Zeitung“ in ein ausschließlich publizistisches Unternehmen umzudeuten – wie neuerdings bei Otto Roegele in einem 1984 erschienenen Sammelband über Karl Marx⁴⁴ – und so die Rolle des Organs der Kommunisten in der revolutionären Auseinandersetzung 1848/49 und die Leistungen von Marx und Engels in Frage zu stellen, ein weiteres Mal der Boden entzogen.

Das Verzeichnis der verwendeten Siglen befindet sich auf den Seiten 453–457.

* Der Artikel entstand auf der Grundlage eines Diskussionsbeitrages, der auf dem vom Rat für Marx-Engels-Forschung am 27. Juni 1985 durchgeführten Kolloquium zum Thema „Die Weiterentwicklung der Revolutionsauffassungen von Marx und Engels in Auswertung der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49“ gehalten wurde.

- 1 Siehe P. A. Авербух: Революция в Австрии (1848–1849), Москва 1970, стр. 100–115. – С. З. Левиова: Маркс в германской революции 1848–1849 годов, Москва 1970, стр. 201–215. – Gerhard Becker: Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848–1849. Zur Geschichte des Kölner Arbeitervereins, Berlin 1963, S. 118–127. – Siehe aber auch Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland, Bd. 1, 1. Halbbd., Berlin 1969, S. 336–352. – Joachim Strey/Gerhard Winkler: Marx und Engels 1848/49. Die Politik und Taktik der „Neuen Rheinischen Zeitung“ während der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland, Berlin 1972, S. 102/103, 116.
- 2 Siehe Gerhard Becker: Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848–1849, S. 118–127.
- 3 Siehe P. A. Авербух: Революция в Австрии (1848–1849), стр. 100–115. – Herbert Steiner: Karl Marx in Wien. Die Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Restauration 1848, Wien – München – Zürich 1978, S. 32–53, 111–120. – Wolfgang Häusler: Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848, Wien – München 1979, S. 241–264.
- 4 Siehe Friedrich Engels: [Eiberfeld]. In: MEW, Bd. 6, S. 500–502. – Michael Knieriem/Brigitte Treude: Friedrich Engels – seine Stellung in der Revolution von 1848/49. In: Helmut Elsner/Michael Knieriem/Brigitte Treude: Karl Marx und Friedrich Engels – Ihre Stellung in der Revolution 1848/49, Schwerte (Ruhr) 1979, S. 17–31.
- 5 Zu den Sicherheitsausschüssen in Merseburg, Halberstadt, Weißenfels und Halle siehe Herbert Peters: Die Wirkung der „Neuen Rheinischen Zeitung“ auf die demokratische Presse der preußischen Provinz Sachsen 1848/49. In: Marx-Engels-Jahrbuch 7, Berlin 1984, S. 125/126. – Herbert Peters: Bewaffnete Aktionen der revolutionären Volksbewegung in der preußischen Provinz Sachsen. In: Zeitschrift für Militärgeschichte (Berlin), 1984, H. 4, S. 301/302. – Gerhard Weber: Das Revolutionsjahr 1848 im Merseburger Land, Merseburg 1958, S. 35.
- 6 Siehe Rolf Weber: Die Revolution in Sachsen 1848/49. Entwicklung und Analyse ihrer Triebkräfte, Berlin 1970, S. 333–339.
- 7 Siehe Herbert Peters: Bewaffnete Aktionen der revolutionären Volksbewegung in der preußischen Provinz Sachsen. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 1984, H. 4, S. 301.

- 8 Siehe Herbert Peters: Die Wirkung der „Neuen Rheinischen Zeitung“ auf die demokratische Presse der preußischen Provinz Sachsen 1848/49. In: Marx-Engels-Jahrbuch 7, S. 115. – Herbert Peters: Goswin Krackrügge. In: Männer der Revolution von 1848, Berlin 1970, S. 277–296.
- 9 Siehe Emil Ottokar Weller an Marx, 7. September 1848. In: MEGA^Q III/2, S. 469. – S. Z. Leviova: Die Redaktionsarbeit der „Neuen Rheinischen Zeitung“. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 8: Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte und Wirkung, Bd. 2, Berlin 1973, S. 68. – Rolf Weber: Die Revolution in Sachsen 1848/49, S. 98–100. – Rolf Weber: Emil Ottokar Weller. In: Männer der Revolution von 1848, S. 149–189.
- 10 Siehe Gustav Striegnitz an Marx, 20. Januar 1849. In: MEGA^Q III/3, S. 148. – Gustav Rawald an die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“, 12. Februar 1849. In: MEGA^Q III/3, S. 217. – Heinrich Schünhoff an Marx, 5. Februar 1849. In: MEGA^Q III/3, S. 200.
- 11 Siehe u. a. Herwig Förder: Marx und Engels am Vorabend der Revolution. Die Ausarbeitung der politischen Richtlinien für die deutschen Kommunisten (1846–1848), Berlin 1960, S. 229–231. – Joachim Strey/Gerhard Winkler: Marx und Engels 1848/49, S. 55–66.
- 12 Karl Marx: Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral. In: MEW, Bd. 4, S. 339.
- 13 Karl Marx: Die Bourgeoisie und die Kontrerevolution. In: MEW, Bd. 6, S. 124.
- 14 Friedrich Engels: Marx und die „Neue Rheinische Zeitung“ 1848–49. In: MEW, Bd. 21, S. 21.
- 15 Ebenda.
- 16 Karl Marx: Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral. In: MEW, Bd. 4, S. 338.
- 17 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Ansprache der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten vom März 1850. In: MEGA^Q I/10, S. 254–263. (MEW, Bd. 7, S. 244–254.)
- 18 Zit. in: Gerhard Becker: Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848–1849, S. 123.
- 19 Siehe Rolf Weber: Die Revolution in Sachsen 1848/49, S. 181–187.
- 20 Friedrich Engels: Die Frankfurter Versammlung. In: MEW, Bd. 5, S. 14.
- 21 Karl Marx/Friedrich Engels: Der Prozeß gegen den Rheinischen Kreisausschuß der Demokraten. In: MEW, Bd. 6, S. 254.
- 22 Friedrich Engels: Vereinbarungssitzung vom 4. Juli (Zweiter Artikel). In: MEW, Bd. 5, S. 191.
- 23 Friedrich Engels: Auswärtige deutsche Politik. In: MEW, Bd. 5, S. 155.
- 24 Karl Marx: Ein Erlaß Eichmanns. In: MEW, Bd. 6, S. 32.
- 25 Karl Marx: Die Krisis und die Kontrerevolution. In: MEW, Bd. 5, S. 402.
- 26 Karl Marx/Friedrich Engels: Programme der radikal-demokratischen Partei und der Linken zu Frankfurt. In: MEW, Bd. 5, S. 41.
- 27 Ebenda, S. 40.
- 28 Karl Marx: Ein Erlaß Eichmanns. In: MEW, Bd. 6, S. 32.
- 29 Karl Marx: Die Krisis und die Kontrerevolution. In: MEW, Bd. 5, S. 403.
- 30 Friedrich Engels: Vereinbarungssitzung vom 4. Juli (Zweiter Artikel). In: MEW, Bd. 5, S. 195.
- 31 Karl Marx: Die revolutionäre Bewegung in Italien. In: MEW, Bd. 6, S. 78.
- 32 Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: MEW, Bd. 8, S. 36. (MEGA^Q I/11, S. 30.)
- 33 NRhZ, Nr. 2, 2. Juni 1848.
- 34 Ebenda.
- 35 Siehe Heinrich Reschauer/Moritz Smets: Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution, Bd. 1, Wien 1872, S. 324–326.

- 36 Siehe Rudolf Kiszling: Die Revolution im Kaisertum Österreich 1848/49, Bd. 1, Wien 1948, S. 140/141.
- 37 Siehe Richard Charmatz: Adolf Fischhof. Das Lebensbild eines österreichischen Politikers, Stuttgart – Berlin 1910, S. 54–65.
- 38 Siehe Maximilian Bach: Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848, Wien 1898, S. 455.
- 39 Siehe [Ernst von Violand:] Enthüllungen aus Oesterreichs jüngster Vergangenheit. Von einem Mitgliede der Linken des aufgelösten österreichischen Reichstages, Hamburg 1849, S. 32.
- 40 Siehe NRhZ, Nr. 4, 4. Juni 1848.
- 41 Siehe Herbert Steiner: Karl Marx in Wien, S. 32–53.
- 42 Siehe P. A. Авербух: Революция в Австрии (1848–1849), стр. 107. – Ernst Fischer: Österreich 1848. Probleme der demokratischen Revolution in Österreich, Wien 1946, S. 74. – Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution von 1848–49, Bd. 2, Berlin 1931, S. 77.
- 43 Siehe Herbert Steiner: Karl Marx in Wien, S. 115–120.
- 44 Siehe Otto B. Roegele: Der Publizist Karl Marx. In: Karl Marx (1818–1883). Eine Ringvorlesung, Sankt Ottilien 1984, S. 50–60.

Rolf Hecker

Zur Entwicklung der Werttheorie von der 1. zur 3. Auflage des ersten Bandes des „Kapitals“ von Karl Marx (1867–1883)

Zu den bedeutendsten theoretischen Leistungen von Karl Marx zählt die Ausarbeitung der Wert- und Mehrwerttheorie, die die wissenschaftliche Grundlage für die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise bildet. Die Untersuchung der kapitalistisch produzierten Ware ist der Ausgangspunkt für die Darstellung des Kapitalverhältnisses und damit der Mehrwerttheorie als dem Grundpfeiler der ökonomischen Theorie des Marxismus.¹

Die Herausbildung und Entwicklung der Marxschen Werttheorie war und ist Gegenstand vieler Beiträge von marxistischen Ökonomen und Philosophen. Das ist zutiefst verständlich, denn aus derartigen Untersuchungen werden vielfältige Ansatzpunkte für die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus und für die Lösung grundlegender ökonomischer Aufgaben der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gewonnen.² Aber auch für die Analyse der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise der kapitalistischen Ökonomik ist die marxistisch-leninistische Werttheorie eine unabdingbare Voraussetzung. Hinzu kommt schließlich, daß „Marxtöter“ unterschiedlichster Couleur die Werttheorie in den Mittelpunkt ihrer Verfälschung der Mehrwerttheorie und damit der Vertuschung des Ausbeutungsmechanismus und der Profitjagd im Kapitalismus stellen.³ Angesichts dieser Tatsachen sieht die Marx-Engels-Forschung auf ökonomischem Gebiet eine ihrer Aufgaben darin, parallel zur Edition des Marxschen Hauptwerkes und seiner Vorarbeiten innerhalb der II. Abteilung der MEGA durch die Erforschung der Gene-